



Vereinigte Personalverbände
des Kantons Zürich

MEDIENMITTEILUNG — 8. September 2010:

Ausnahme wird zur Regel

Für die Vereinigten Personalverbände (VPV) des Kantons Zürich gehen die Strategie und die getroffenen Massnahmen im Sanierungsprogramm (San10) auf Kosten des Personals. Die Lohnentwicklung der kantonalen Angestellten basiert seit 2010 neu auf der Lohnindexstudie von über 200 Unternehmungen. Diese gesetzlichen Bestimmungen wurden noch nie umgesetzt. Somit scheint auch beim neuen Lohnsystem die Ausnahme zur Regel zu werden. Ein Sanierungsprogramm auf falschen Grundlagen aufzubauen ist unseriös und unzulässig, zumal derselbe Regierungsrat in den letzten 10 Jahren Steuergeschenke von 1.3 Milliarden gemacht und das Personal im selben Zeitraum Sanierungsbeiträge von 1.5 Milliarden geleistet hat.

Das Kernstück der Lohnindexstudie von über 200 Unternehmungen taugt offensichtlich wenig. Dank der neuen Personalverordnung (§16 Abs. 2 und §42 Abs. 2), die der Regierungsrat beschlossen hat, sollten sich die Löhne beim Kanton Zürich analog zu jenen bei vergleichbaren Arbeitgebern entwickeln. Doch mit der Einführung dieser Regelung auf Anfang 2010 wird die Ausnahme zur Regel, da die Lohnerhöhungen teilweise dem Sanierungsprogramm zum Opfer fallen.

Obwohl der Kanton den fünften Ertragsüberschuss in Serie verzeichnet, die Verschuldung trotz Finanzkrise erneut gesenkt werden konnte, das Eigenkapital gestiegen ist und der mittelfristige Ausgleich für die vergangenen acht Jahre (2002-2009) erreicht wurde, fährt der Regierungsrat mit seiner Schwarzmalerei weiter und prognostiziert dem Kanton massive finanzielle Engpässe. Auf diesen Annahmen baut er ein Sanierungsprogramm auf, das unseriös ist.

Denn selbst gemäss der Finanzverwaltung ist es volkswirtschaftlich unbestritten, dass ein voller Teuerungsausgleich beim Personal zu Mehreinnahmen in der Staatskasse führt und für die Regierung kostenneutral ist.

Aufgrund der in den letzten 10 Jahren gemachten Finanzprognosen hat man dem Personal über 7 % Teuerungsausgleich nicht gewährt. Die VPV fordern deshalb den Regierungsrat auf, die entgangene Teuerung auszugleichen und dafür zu sorgen, dass die künftige Lohnentwicklung und Personalpolitik sich an faire und verlässliche Kriterien hält.

Die Regierung ist gefordert, endlich ihren beschlossenen gesetzlichen Spielraum der Personalverordnung auszuschöpfen. Das neue Lohnsystem soll nicht wie das alte von Ausnahmen geprägt sein.

Cécile Krebs, Präsidentin VPV, Rückfragen 076 560 49 62

Vereinigte Personalverbände
des Kantons Zürich

Präsidentin:
Cécile Krebs

Museumstrasse 7
8400 Winterthur

Natel 076 560 49 62
Tel 052 232 49 62
krebs@vpv-zh.ch

www.vpv-zh.ch

—
Dachorganisation
der Zürcher Verbände
des Staatsappersonals:

VStA
Verband der Staatsangestellten
des Kantons Zürich

ZLV
Zürcher Lehrerinnen-
und Lehrerverband

VKPZ
Verband der Kantonspolizei Zürich

VSAO
Verband Zürcher Spitalärztinnen
und -ärzte

SBK
Schweizer Berufsverband
der Pflegefachfrauen und
Pflegefachmänner

FH-ZH
Verband der Zürcher
Fachhochschuldozierenden

SekZH
Sekundarlehrkräfte
des Kantons Zürich

Syna
Die Gewerkschaft

Pfarrverein
des Kantons Zürich

Professorenschaft
der Universität Zürich

AGGP
Aktion Gsundi Gsundheitspolitik

physio
zürich-glarus

**Verband der Schulleiterinnen und
Schulleiter des Kantons Zürich**
VSLZH